

Änderungsantrag

**der Abgeordneten Frau Vennegerts, Dr. Lippelt (Hannover) und der Fraktion
DIE GRÜNEN**

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1989

hier: Einzelplan 05

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

— Drucksachen 11/2700 Anlage, 11/3205, 11/3231 —

Der Bundestag wolle beschließen:

1. In Kapitel 05 02 – Auswärtiges Amt – werden folgende Titel gestrichen:
„Titel 686 22 – Nato-Verteidigungshilfe – 164 Mio. DM
Titel 686 23 – Ausstattungshilfe – 60 Mio. DM
Titel 686 27 – Rüstungssonderhilfe – 93,6 Mio. DM“
2. Der mit dem Antrag unter Nummer 1 gestrichene Betrag wird den Vereinten Nationen zur Verbesserung der Sozialstrukturen und zum Schutz der ethnischen Minderheiten dieser Staaten unter Titel 686 30 zur Verfügung gestellt.
3. In Kapitel 05 02 – Auswärtiges Amt – werden folgende Titel gestrichen:
„Titel 686 05 – Beitrag zum Sekretariat des
deutsch-französischen Verteidi-
gungs- und Sicherheitsrats – 50 000 DM
Titel 686 19 – Beitrag an die Westeuro-
päische Union (WEU) – 4,486 Mio. DM“

Bonn, den 17. November 1988

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Begründung

Die Sicherung des Weltfriedens ist nur durch eine Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen, d. h. der Schaffung gerechter sozialer und ziviler Strukturen in der ganzen Welt möglich. Die „Konferenz der Vereinten Nationen über den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung“ hat im September 1987 in New York ein Aktionsprogramm verabschiedet, in dem sie „die internationale Verpflichtung bekräftigt, einen Teil

der durch Abrüstung freigewordenen Mittel für Zwecke der sozialökonomischen Entwicklung zur Verfügung zu stellen mit dem Ziel, die wirtschaftliche Kluft zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern zu schließen“.

Die Bundesregierung kann dieses Aktionsprogramm glaubhaft dadurch unterstützen, daß sie die Rüstungsausgaben im Haushalt des Auswärtigen Amtes, die rund 10 Prozent der Gesamtausgaben dieses Ressorts umfassen, streicht, und die eingesparten Mittel den Vereinten Nationen für die Einrichtung eines „Weltentwicklungsfonds“ zur Verfügung stellt.

Als einziges westliches Land läßt die Bundesregierung aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes unter den Titeln „NATO-Verteidigungshilfe, Ausstattungs- und Rüstungssonderhilfe“ 317 Mio. DM in die Aufrüstung der Türkei, Griechenlands und Portugals über deutsche Rüstungslieferungen (Kriegsschiffe, Panzer, Kanonen, militärische Elektronik, Munition) fließen.